

preisträger Eisaku Sato in einem Bestechungsskandal loszueisen.

Ministerpräsident Takeshita hatte vergangenen Herbst im Parlament empört von sich gewiesen, jemals von der Firma Recruit auch nur einen Yen erhalten zu haben. Doch tröpfchenweise kamen die Enthüllungen über den Premier, so gezielt und dosiert mal, wie die Presse berichtete, von einer „bestimmten Person“, mal von einer „glaubwürdigen Quelle“, daß Insider argwöhnten, hier sei ein Königsmord systematisch vorbereitet gewesen:

Die finanziellen Gefälligkeiten der Schmier-Firma für den Premier waren vielfältig. Mal kaufte Recruit Eintrittskarten für eine Takeshita-Politparty, gleich 700 auf einen Streich – Preis: 30 000 Yen pro Stück. Mal „lieh“ sich Takeshitas persönlicher Referent von Recruit 50 Millionen Yen (700 000 Mark) für den politischen Alltagskampf. „Ich kann es mir selbst nicht erklären“, wunderte sich der Noch-Premier auf die Frage eines Oppositionsabgeordneten, woher denn die Recruit-Freigebigkeit rühre.

Insgesamt habe er wohl, gab Takeshita schließlich im Parlament zu, für sich und seine politische Organisation 151 Millionen Yen (2,1 Millionen Mark) von Recruit erhalten. Ob das die vollständige Summe sei, wollte die Opposition wissen. Takeshita: „Wie kann ich mich an alles erinnern? Ich habe nicht das Gedächtnis eines Gottes.“ Einer, der womöglich ein besseres Gedächtnis hatte und somit noch mehr wußte, kann nichts mehr sagen: Takeshitas Referent beging nach der Rücktrittsankündigung seines Chefs Selbstmord.

Der Recruit-Skandal und der dadurch erzwungene Rücktritt des Regierungschefs haben eine strukturelle Schwäche des japanischen politischen Systems bloßgelegt. Die „Logik des Geldes“, wie Kommentatoren schreiben, ist zum Hauptgesetz der Innenpolitik geworden, das alle Beziehungen regelt. Aus dieser Logik gibt es bislang kein Entrinnen.

Traditionell werden Japans Politiker, beileibe nicht nur in der Regierungspartei LDP, von der Industrie finanziert; Recruit ist zweifellos nur eine der Gesellschaften, die enorme Beträge bezahlt haben. Fast jeder Politiker kann deshalb fast jeden anderen beschuldigen, käuflich zu sein, und jederzeit selbst beschuldigt werden – in diesem Netz von gegenseitigen Erpressungsmöglichkeiten sind alle komplizenhaft verstrickt.

Auch die Opposition ist erpreßbar. Als Bedingung ihrer Zustimmung zum Regierungsetat für das laufende Haushaltsjahr, nach dessen Verabschiedung erst Takeshita sich endgültig verabschieden will, verlangte die Opposition, Ex-Premier Nakasone solle vorm Parlament unter Eid seine Rolle im Recruit-Skandal offenlegen. Das ist reiner Opportunismus, denn die Oppositionsparteien wissen sehr genau, daß dann auch Politiker aus ihren Reihen in den Zeugenstand müß-

ten. Nakasone weigerte sich bislang zu erscheinen – und rettet damit auch viele andere.

Dennoch: Takeshitas Rücktritt sei „kein Tauschgeschäft“, beharrt Takako Doi, Vorsitzende der Sozialistischen Partei, auf der Oppositionsforderung. Nun seien Neuwahlen die einzige saubere Lösung: Schon haben sich die Chefs von vier Oppositionsparteien – die Kommunisten bleiben draußen – in groben Zügen über eine Koalitionsregierung geeinigt. Noch nie schien Japans Opposition so nahe an der Macht – wengleich eine Regierung unter sozialistischer Führung – überdies noch mit einer Frau an der Spitze – für die meisten Japaner einer Revolution gleichkäme.

Vorgezogene Neuwahlen kann und will die LDP somit kaum riskieren. Denn Recruit und Takeshita haben die Liberaldemokraten, die seit der Gründung ihrer erzkonservativen Partei vor 34 Jahren ununterbrochen die Regierung stellen, in ein historisches Stimmungstief gestürzt: Nach jüngsten Umfragen halten nicht einmal mehr 25 Prozent der Japaner zur LDP.

Die Sorgen der LDP-Obersten werden noch vermehrt durch die mühsame Suche nach einem Takeshita-Nachfolger. Kaum einer in der mächtigen Riege der LDP-Fürsten, die bislang noch immer unter sich den Regierungschef im Rotationsverfahren ausmauschelten, der sich nicht im Recruit-Sumpf schmutzige Schuhe geholt hätte. Und „wenn ein beschmutzter Politiker zurücktritt, nur um durch einen anderen beschmutzten Politiker ersetzt zu werden“, warnt der Staatsrechtler Yozo Yokoda in Tokio, dann gehe die Glaubwürdigkeit des gesamten politischen Systems verloren.

Wer also hermüsse, sei ein gestandener politischer Fahrensman, der das lecke LDP-Boot erst einmal in ruhigere Wasser steuere, ehe ein neuer Kapitän

dann das – hoffentlich reparable – Schiff übernehme. Der greise Ex-Premier Takeo Fukuda, 84, böte sich als Retter in der Not an, wurde in den Medien spekuliert. Oder aber Michita Sakata, 72, Sprecher des Unterhauses und Japans dienstältester Parlamentarier – seit 1946. Oder aber der ehemalige Außenminister Masayoshi Ito, 75, der schon einmal einen Monat lang Interimspremier war – nach dem plötzlichen Tod seines Chefs Ohira im Frühjahr 1980.

Doch der schwerkranke, an Diabetes leidende Ito winkte erst einmal ab: Die LDP-Führung könne „nicht dumm genug“ sein, ihn zu berufen. Denn: „Jetzt ist die Zeit, daß ein junger Mensch die Führung übernimmt.“

CHINA

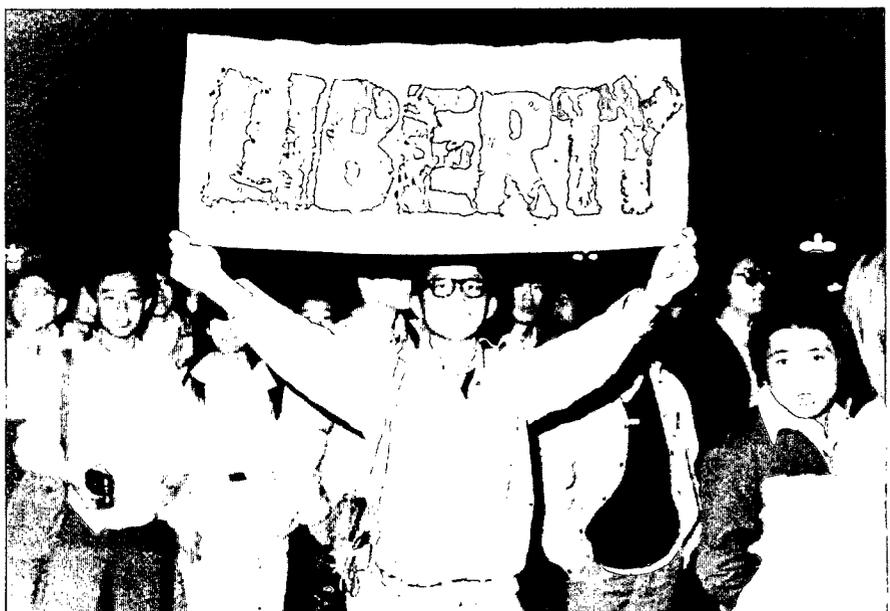
Schläge und Liebe

Chinas Studenten kämpfen für Demokratie, und das Volk steht zu ihnen.

Bevor Chai Ling auf die Pekinger Universität „Bei da“ kam, mußte sie ihren Eltern versprechen, eine brave Studentin zu sein und nicht an Demonstrationen teilzunehmen.

Vor zwei Wochen brach sie ihr Gelöbnis – die 23jährige Psychologie-Studentin wurde zur Mit-Organisatorin des größten Studentenprotests gegen die Oberen in der Geschichte der Volksrepublik. Im Haus 28 der Pekinger Universität, einem tristen Studentenwohnheim mit feuchten Wänden, übelriechenden Klos und zum Trocknen aufgehängter Wäsche in den Fluren, versucht sie mit einigen Kommilitonen, die Studentenaktion zu koordinieren und die Presse zu informieren.

Beim Skandieren von Parolen und beim Versuch, vor der Großen Halle des



Demonstrationszug in Peking: „Verantwortlich für die Zukunft der Nation“



Studenten, Polizei: „Heute werden die geschlagen, morgen wir“

Volkes über Soldatenketten hinweg Kontakt mit Verantwortlichen aufzunehmen, hat sie ihre Stimme verloren. Die kleine Aktivistin kann sich seither nur noch heiser flüsternd verständlich machen.

Sie ist überzeugt, daß sie sich für eine gute Sache engagiert, Bestrafung fürchtet sie nicht. „Wir müssen für die Studentenbewegung arbeiten.“ Schließlich, kiest sie, seien die Hochschüler verantwortlich „für die Zukunft der Nation, für die Zukunft Chinas“.

Chai Ling und ihre Kommilitonen haben immerhin erreicht, daß die nach dem Tod des wegen seiner reformerischen Haltung geschasteten Generalsekretärs Hu Yaobang am 18. April spontan entstandene Protestbewegung für mehr Demokratie nicht wieder einschliefe – so wie es die Partei nach der Beerdigung gehofft hatte.

Ein großer Teil der Pekinger Hochschüler boykottierte vorige Woche den Unterricht. Aktivisten pinselten Wandzeitungen, klebten Flugblätter an Laternenpfähle, zogen mit Demokratieparolen durch die Straßen der Hauptstadt und entmachteten die offiziellen Studentenvertretungen.

Die Regierung, begründete Chai Lings Kommilitone Guo Haifeng die Aktionen, sei nicht einmal auf die Forderung der Studenten eingegangen, mit ihnen über ein Sieben-Punkte-Programm auch nur zu diskutieren – „ein idiotisches Verhalten“, wie ein führender Pekinger Journalist letzte Woche meinte.

In dem Papier forderten die jungen Intellektuellen unter anderem Pressefreiheit, die Rehabilitation Hu Yaobangs sowie die Offenlegung der Einkommen von Spitzenkadern und deren Kindern.

Die Unruhe, gepaart mit dem Boykott, traf die auf Stabilität bedachte KP-Spitze

ins sozialistische Mark. Sie fürchtet, die Unzufriedenheit könnte auch auf andere Bevölkerungsgruppen übergreifen, am Ende könnten gar bürgerkriegsähnliche Zustände wie zu Zeiten der Kulturrevolution entstehen. Das Parteiorgan „Volkszeitung“ beklagte einen „schweren politischen Kampf“, mit dem die Partei konfrontiert sei.

Verantwortlich für die „öffentliche Unruhe“ sei eine „kleine Clique von Personen“ mit „niederen Motiven“, befand das Blatt und ortete gar eine „geplante Verschwörung“, die „im Grunde das Ziel hat, die Parteiführung und das sozialistische System abzuschaffen“.

Die von der „Volkszeitung“ ausgemachten staatsfeindlichen Organisatoren waren vor allem Studenten der ersten Semester – kaum der Pubertät entwachsene Jugendliche in Jeans oder Trainingsjacken, beim Protest aufgeregter wie vor dem ersten Rendezvous. Mit geröteten Gesichtern versuchten sie, die Menge zu überzeugen: „Wenn wir diesmal verlieren, haben wir vor der chinesischen Geschichte verloren.“

Manch wohlbehütete Studentin fand sich plötzlich nächtelang auf dem Tiananmen-Platz wieder, gepackt von revolutionärer Romantik. „Unsere emporgereckten Fäuste“, schwärmt die 19-jährige Sprachstudentin Ming Lihong, „waren wie ein Wald.“

Für sie waren die Prügeleien der Polizei ein Schlüsselerlebnis, sich an den Aktionen zu beteiligen: „Heute werden die geschlagen, morgen wir.“

Ihre 20jährige Zimmergenossin Yang Shoufei, früher nur im offiziellen Jugendverband der KP aktiv, wurde eingekerkert von der „demokratischen

Stimmung“. Fortan sammelte sie Geld und besprach Tonbänder mit Parolen.

Großen Anklang fand eine Wandzeitung in Pekings Universität, auf der Kinder, Enkel und Schwiegersöhne der Regierenden und ihre Jobs aufgezählt wurden. Laut der „Großen Schriftzeichenzeitung“ haben sich die meisten führenden Positionen in Wirtschaft, Armee und Staat organisiert.

So ist der jüngere Bruder des Staatspräsidenten Yang Shangkun Direktor der politischen Abteilung der Armee, sein Schwiegersohn Chef des Generalstabs. Der Sohn des Parteichefs Zhao Ziyang ist Manager eines Industrieunternehmens in der Wirtschaftssonderzone Hainan – die Hochschüler schrieben den Text eifrig in Kladden.

Studentenführerin Chai Ling: „Die Situation hat sich geändert. Viele von uns, die es vorher nicht gewagt hätten, sind nun bereit, aufzustehen.“

Die Genossen mußte überdies beunruhigen, daß sich auch Lehrer auf die Seite der Studenten gestellt hatten. So gar einige Zeitungen veröffentlichten gegen die Anweisung der KP-Propagandaabteilung wohlwollende Artikel.

Die Pekinger reagierten auf die neue Protest-Generation zwar zurückhaltend, aber mit erkennbarer Sympathie – anders als bei den Demonstrationen zur Jahreswende 1986/87, als sich die Studenten Anklagen der Passanten anhören mußten: „Geht erst mal arbeiten.“

Bürger hätten ihnen, so berichteten Studenten, auf den kilometerlangen Zügen zum Tiananmen-Platz Lebensmittel, Getränke und Geld gespendet, applaudiert und gerufen: „Die Studenten retten China.“

Die Universitätsangestellten verlängerten unbürokratisch die Öffnungszeiten für Waschräume und Speisesäle, ein Busfahrer der öffentlichen Verkehrsbetriebe fuhr erschöpfte Demonstranten ohne Halt zurück in die Universität.

Um sich noch mehr Sympathien zu erwerben und damit den Druck auf die Führungsspitze zu verstärken, bauten Studenten Mitte voriger Woche, wie westliche Parteien im Wahlkampf, Informationsstände in den Straßen auf. Sie baten das Publikum um Geld, damit sie, wie ein Student sagte, Papier für neue Wandzeitungen kaufen konnten.

An der Pinganli-Straße spannten Jugendliche ein rotes Banner mit schwarzen Buchstaben auf: „Wir haben keine Angst vor Gewalt – wir sind für das Volk.“

Bei den meisten Demonstranten ist offenbar weniger Umsturz als Reform angesagt, die, wie Sprachstudentin Yang Shoufei hofft, mit ihren Aktionen vorangetrieben werden kann. Die KP wolle sie, um Gottes willen, nicht abschaffen, nur den Genossen aus der Krise helfen: „Wir stehen zur Partei wie Eltern zu einem Kind“, sagt sie, „sie schlagen es, aber lieben tun sie es trotzdem.“